

Die Zukunft von Krieg und Frieden

Die Schrecken des kurzen zwanzigsten Jahrhunderts

Von Peter Fleissner, ABCDarium 2014

Anmerkung: Von Abrüstung und Einsparungen ist in der Zwischenzeit keine Rede mehr. Im Jahr 2019 kletterten die weltweiten Rüstungsausgaben auf neue Rekordhöhen. Insgesamt ist aber nach wie vor vieles, was in diesem Beitrag aus 2014 gesagt wird, top aktuell.

Hundert Jahre nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs, der 17 Millionen Menschen das Leben kostete und 20 Millionen Soldaten verwundete, ganz zu schweigen von den ungeheuren Zerstörungen der Infrastruktur und dem Anstieg der brutalen Gewalt, und trotz der Verheerungen des Zweiten Weltkriegs mit einem Blutzoll von 65 Millionen Menschen ein halbes Jahrhundert später haben wir noch immer nicht die Ächtung des Krieges als Mittel der Lösung von Konflikten erreicht. Im Gegenteil, die Militärausgaben der Welt erreichen Rekordhöhen. Die USA stehen dabei mit 640 Mrd. Dollar an der Spitze, gefolgt von China (188 Mrd. Dollar), Russland (87,9) und Saudi-Arabien (67). In der EU haben Frankreich (61,2), Großbritannien (57,9), Deutschland (48,8) und Italien (32,7) die größten Militärbudgets, in Summe 200,6 Mrd. Dollar, etwas mehr als China, das aber bald die EU überholen dürfte. Indien (47,4) und Südkorea (33,9) liegen mit ihren Militärbudgets zwischen Deutschland und Italien. Die USA verliert Anteile an den gesamten Ausgaben der ganzen Welt, von mehr als der Hälfte im Jahr 2002 auf etwas mehr als ein Drittel 2013. Dennoch bleiben die Vereinigten Staaten unumschränkter Spitzenreiter. Paradoxe Weise wurden die USA und die EU trotz ihrer Hochrüstung mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Dagegen nimmt sich die Waffentechnik des Ersten Weltkriegs bescheiden aus, obwohl eine Reihe von Innovationen den Schrecken gegenüber den tradierten Waffensystemen vermehrten: die Infanterie wurde mit Maschinengewehr und der leichteren Maschinenpistole (Spitzname: „Grabenfeger“) ausgerüstet; Panzer lösen die Kavallerie ab; Bombenflugzeuge ersetzen die schweren Kanonen; die ersten Kampfflugzeuge mit fix eingebauten Maschinengewehren und mit Flugfunkausrüstung erhöhten die Flexibilität ihrer Anwendung; das U-Boot wurde zur Hauptwaffe im Seekrieg; der Einsatz des tödlichen Chlorgases – obwohl durch die Haager Landkriegsordnung von 1899, im Jahre 1907 erweitert, untersagt – läutete die Geburt der Massenvernichtungswaffen ein.

Der Zweite Weltkrieg brachte die neue Methode des Blitzkrieges, die von den Nazis erfunden wurde und seither zum gängigen Repertoire der Kriegsführung gehört. 1937 wurden in Deutschland Panzer mit Funkgeräten ausgerüstet. Damit wurde die Kommunikation zwischen den Panzern, aber auch zu den Stabsstellen, zu Luftaufklärern und der Infanterie auf eine neue Basis gestellt und erlaubte den koordinierten Einsatz der unterschiedlichen Streitkräfte: Marine, Luftwaffe und Bodentruppen. Diese Art der Kriegsführung wurde später von Israel im Sechstagekrieg 1967 gegen Ägypten, Jordanien und Syrien und von den USA am Golf 1991, in Afghanistan 2001 und im Irak 2003 praktiziert. Der Holocaust, die Vernichtungslager der Nationalsozialisten, der erstmalige Einsatz von Nuklearwaffen durch die USA in Japan, Flächenbombardements und Raketentechnik mit hauptsächlich zivilen Opfern gehörten zu den weiteren „Errungenschaften“ dieser Zeit.

Vernichtungskraft heute

Die heutigen Methoden der Kriegsführung stellen Weiterentwicklungen dar, die vor allem durch mobile Kommunikation auf individueller Basis und Roboterisierung gekennzeichnet sind. Die Vernichtungskraft der vorhandenen Waffen ist trotz der Abrüstungsversuche nach dem Ende der Sowjetunion immer noch weit höher als im Zweiten Weltkrieg: Nach dem Start-II Abkommen 2009, auf dessen Basis ein Drittel der vorhandenen Atomsprengköpfe verschrottet wurden, sollen die USA und Russland jeweils 1.550 strategische Atomsprengköpfe behalten. Das Gesamtpotential der verbleibenden Waffen besitzt die 150.000fache Vernichtungskraft der amerikanischen Hiroshima-Bombe. Diese unvorstellbare Zerstörungskapazität würde dem täglichen Abwurf von etwa fünf Hiroshima-Bomben über 100 Jahre entsprechen.

Kapitalistische und militärische Interessen

Wie schon in den vergangenen Jahrhunderten sind wirtschaftliche Interessen und Militäreinsatz eng miteinander verwoben. Nach den Kriegen in Afghanistan und im Irak verschiebt sich mit dem weiteren Aufstieg Chinas der Ort des Interesses der USA in Richtung Pazifik und Ostasien.¹ Hillary Clinton hat 2011 in der Zeitschrift „Foreign Policy“ diese Veränderung als neues Ziel der USA definiert, das die Rhetorik des bisherigen „Krieges gegen den Terror“ ablösen soll. Damit zeigte sich das Hauptinteresse der USA nach wie vor als das Streben nach der politischen und militärischen Überlegenheit als Voraussetzung für seine ökonomische Vormachtstellung. Um dem geringer gewordenen militärischen und ökonomischen Gewicht der USA Paroli zu bieten, strebte die ehemalige Außenministerin die Öffnung der Märkte für nordamerikanische Unternehmen an. Die Kontrolle des Wachstums und der Dynamik in Asien wäre fundamental für die ökonomischen und strategischen Interessen der Vereinigten Staaten. Dann könnten sich ungeahnte Möglichkeiten für Investitionen, den Handel und den Zugang zu Spitzentechnologien ergeben. Andererseits würden der Friede und die Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region sichergestellt. Dahinter verbirgt sich als wichtigstes konkretes Ziel die freie Schifffahrt im südchinesischen Meer, in dem sich heute beinahe die Hälfte des Welthandels abspielt. Bemerkenswert ist allerdings, dass sich die USA bis heute geweigert haben, das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen aus 1982 zu unterzeichnen, das die freie Schifffahrt auf den Weltmeeren sichern soll und bereits von 162 Staaten ratifiziert worden war.

Das südchinesische Meer ist derzeit Schauplatz der Auseinandersetzung um natürliche Ressourcen. China befindet sich mit Brunei, Japan, Vietnam den Philippinen, Malaysia und Taiwan in einer Auseinandersetzung um die Zugehörigkeit mehrerer Inseln, in deren Umkreis Ölvorkommen festgestellt wurden. Hillary Clinton versuchte 2012 in Phnom Penh diesen Umstand auszunützen und die ASEAN-Staaten (zehn Länder mit insgesamt 600 Millionen Einwohnern) auf ihre Seite zu bringen. Diese sollten im Sinne der USA ihre Forderungen gemeinsam gegen China richten. Trotz der regionalen Konflikte folgten die ASEAN-Staaten nicht der Linie der USA und bevorzugten bilaterale Verhandlungen, wie sie von China gewünscht worden waren.

¹ Der folgende Text beruht weitgehend auf dem Buch von Josep Fontana Lazaro, Die Zukunft ist ein seltsames Land (El futuro es un país extraño – una reflexión sobre la crisis social de comienzos del siglo XXI, Pasado y Presente, Barcelona 2013), siehe auch das ABCDarium in der Volksstimme vom April 2014.

Die US-Zeitschrift „The Economist“ erwartete 2012 bereits einen Krieg zwischen China und Japan wegen der Diaoyu-Inseln. Die Aktualität des Konfliktpotentials im südchinesischen Meer zeigte sich auch vor Kurzem, als wegen der Errichtung einer chinesischen Ölplattform vor der vietnamesischen Küste hunderte chinesische und auch taiwanische Fabriken in Vietnam gestürmt und teilweise niedergebrannt worden waren. China evakuierte daraufhin Tausende seiner Staatsbürger aus Vietnam.

Freihandelsabkommen als strategische Waffe

Es ist nicht uninteressant zu sehen, dass sich die USA im Südostasiatischen Raum darüber hinaus um ein Freihandelsabkommen bemühen. Laut Internet-Quellen steht das Trans-Pazifische Partnerschaftsabkommen (TPP) mit Vertretern aus Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, den Vereinigten Staaten und Vietnam vor der Vollendung. Die Ähnlichkeit mit der Transatlantischen Partnerschaft (TIPP) zwischen der EU und den USA ist nicht zufällig, sondern zeigt die schon beim NAFTA-Abkommen zwischen den USA, Mexiko und Kanada und auch beim CETA-Abkommen der EU mit Kanada angewandte durchgängige Strategie hinter verschlossenen Türen, um die Interessen der eigenen Unternehmen durchzusetzen. Die Geheimniskrämerei ist so groß, dass nicht einmal Mitgliedern des US-Kongresses Zugang zu den Informationen gewährt wurde. Um den Freihandel selbst geht es allerdings nur in zwei von 26 Kapiteln des TPP-Abkommens, die Mehrzahl der Abschnitte beschäftigt sich mit der Absicherung von Privilegien der Unternehmen, welche nunmehr die Gaststaaten klagen können, wenn ihre Gewinne durch Gesetzesänderungen im Bereich des Arbeitnehmer- und Konsumentenschutzes oder der Umweltgesetzgebung geschmälert werden. Die Staaten sind in diesem Fall zu Entschädigungen verpflichtet.

Die Aussage von Margot Light, einer emeritierten Professorin der London School of Economics, fasst die Situation mit großer Klarheit zusammen: „Die liberalen Staaten sollen wegen der Durchsetzung in anderen souveränen Staaten intervenieren können. Eine solche Intervention kann sowohl eine militärische Invasion bedeuten wie auch humanitäre Hilfe und wird häufig auf einen Regimewechsel hinauslaufen.“ Die Definitionsmacht, was liberale Ziele sind, bleibt dabei den Entscheidungsträgern des „Westens“ vorbehalten. Die Doppelzüngigkeit, mit welcher der liberale Internationalismus die „anderen“ misst, indem er deren Aktionen als „Völkermord“ oder als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ hinstellt, während die selbst ausgeübte Gewalt als „Kollateralschaden in Verfolgung einer gerechten Sache“ gerechtfertigt wird, garantiert nach Robert Parry, einem US-amerikanischen Journalisten, „eine vergiftete und endlose Abfolge von weiteren Kriegen und Gewalt“ (eigene Übersetzung).

Ein neuer Kriegsstil: Schlanker...

Obwohl die nukleare Abrüstung noch lange nicht vollzogen ist, gibt es einen Wechsel in der Militärdoktrin der USA, der mit Beschränkungen durch die Wirtschaftskrise begründet wird. Tatsächlich ist offenkundig geworden, dass die großen Interventionen der USA in Afghanistan und im Irak, die äußerst kostspielig, aber keinen echten Erfolg brachten, zu einem Umdenken zwingen. Wohl wurden die Militärausgaben der USA gekürzt, wurde die Truppenstärke reduziert und der Bau neuer Kriegsschiffe und Flugzeugträger hinausgeschoben. Trotz Rekordverschuldung will die US-Regierung ihren Status als größte Weltmacht aufrechterhalten.

Die F-35, das erste in Serie produzierte Tarnkappen-Überschall-Mehrzweckkampfflugzeug, das kostspieligste Militärflugzeug aller Zeiten, ist ihr dafür nicht zu teuer. Bis 2030 sollen alle 1.200 F-16 Flugzeuge der Vereinigten Staaten durch F-35 ersetzt werden. Längerfristig rechnet die US Air Force mit Gesamtkosten von 396 Milliarden US-Dollar für die Beschaffung von insgesamt 2.456 Flugzeugen. Zusätzlich leistet sich die amerikanische Flotte 11 nukleare Flugzeugträger, mit einer Kampfkraft, über die keine andere Weltmacht bisher verfügte.

Tatsächliche Einsparungen werden zu Umstrukturierungen genützt, die nicht unbedingt zu einer Einschränkung der Kampfkraft führen. Im Gegenteil, die Veränderungen gehen hauptsächlich in zwei Richtungen: Die erste besteht in der Reduktion der Truppenstärke, wird aber im Gegenzug durch zusätzliche Militärberater und Ausbilder in vielen Ländern der Welt kompensiert. Die bisherigen jährlich 60.000 Einsätze (2001) von Sondertruppen (Rangers der Armee, Seal Teams der Kriegsmarine, Green Berets als Anti-Terror-Einheiten) wurden bereits vervierfacht. Die Sondertruppen genießen beträchtliche Autonomie in ihren Einsätzen, die vom Präsidenten direkt angeordnet werden und keine Entscheidung durch den Kongress benötigen. Eine offizielle Kriegserklärung wird überflüssig.

...und mit Drohnen

Die zweite Schiene der neuen Kriegsführung besteht im Einsatz von Drohnen, unbemannte Flugkörper, die zur Luftaufklärung dienen, aber auch Waffen tragen können. Die Drohnen vom Typ „Predator“, „Sentinel“ oder „Reaper“ können sich bis zu 1.850 km von ihrer Abschussbasis entfernen und wieder zurückkehren. Sie werden von einem Computer von einer meist geheimen kleinen Operationsbasis gesteuert und können mit Sondertruppen zusammenarbeiten, wie es im Fall der Ermordung von Osama Bin Laden geschah. Diese Änderung der Technologie macht zum Teil die riesigen Militärbasen überflüssig, kann doch eine solche kleine Truppe jeden angreifen, der an irgend einem Ort der Welt eine direkte Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstellt.

Der „Predator“ war als Überwachungsflugzeug gedacht. Er wurde seit dem Jahr 2000 in Afghanistan eingesetzt. Im November 2002 wurde der Angriff einer Drohne dieses Typs im Jemen in einer Geheimoperation von CIA und dem Pentagon bekannt, da er den Tod eines amerikanischen Staatsbürgers, Kemal Darwish, verursachte. Die Regierung des Jemen war vorher nicht konsultiert worden. 2011 lief der „Reaper“ von Stapel, der mit Raketen, Bomben und Sensoren ausgerüstet werden kann. Es wird geschätzt, dass diese Drohnen innerhalb der letzten zehn Jahre in Afghanistan und Pakistan für den Tod von 2.412 bis 3.063 Menschen verantwortlich waren. 467 bis 815 waren sogenannte zivile Kollateralschadungen, darunter 178 Kinder.

Obwohl die Konstruktion von Drohnen in der Amtszeit von Präsident Bush begonnen hatte, wurden die massenhafte Herstellung und ihr Einsatz erst von Friedensnobelpreisträger Obama befohlen. Heute zählt die Drohnenflotte der USA 7.000 Stück. Ihre Kontrolle teilen sich das Pentagon und die CIA. Derselbe Nobelpreisträger ließ eine schwarze Liste menschlicher Ziele für den Drohneneinsatz erstellen, von der Regierung als „Liste von Terroristen“ bezeichnet. Die Einsatzorte liegen mittlerweile nicht mehr nur in Zentralasien, sondern auch in Afrika (Djibuti, Seychellen, Uganda, Burundi oder Äthiopien) und im Persischen Golf – wieder sind wirtschaftliche Interessen der USA im Spiel.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass in Zukunft weitere Einsatzgebiete hinzugefügt werden. Neben Lateinamerika ist das sensibelste Gebiet das Innere der Vereinigten Staaten selbst, wo es schon 64 Drohnen-Basislager gibt, die angeblich zur Überwachung der Grenze dienen sollen. Man rechnet allerdings mit 30.000 Flugapparaten im Jahr 2020, „einen für jede Stadt“, die im Fall eines gewalttätigen Protests auch gegen die eigenen Bürger eingesetzt werden könnten. Andere Länder beginnen bereits selbst den Einsatz von Drohnen zu planen, wodurch die Möglichkeit, unerklärte und geheime Kriege zu führen, eine wachsende Bedeutung erhält.

Drohnen auch in Österreich

Der Trend macht auch vor Österreich nicht Halt: Im April 2013 gab Verteidigungsminister Klug (SPÖ) die Bestellung von sechs Drohnensystem mit je drei unbewaffneten Drohnen zu. 3,9 Millionen Euro sind dafür im Budget reserviert. Bis 2018 soll das Drohnenbudget auf 16 Millionen Euro ausgedehnt werden. Allerdings sind die ersten beiden Drohnensysteme wegen Problemen bei der Firma Kapsch bis heute noch nicht ausgeliefert worden. Der Chef dieses Unternehmens ist immerhin der Präsident der Industriellenvereinigung.

Überwachung: Der dritte Pfeiler der neuen Kriegsführung

Die Enthüllungen von Julian Assange, Edward Snowden, Laura Poitras und Glenn Greenwald und anderen haben klargemacht, dass die neue Strategie des Krieges durch die totale Überwachung der telefonischen und Internet-Kommunikation ergänzt wird, nicht nur in den USA, sondern in den meisten Ländern der Erde. Dazu kommt auch die Sammlung von Informationen (Daten, Audiodateien, Fotos und Videos) aus Überwachungskameras, über individuelle Reiserouten und Bücherkäufe, über das Suchverhalten in Google, aus *facebook* und *twitter* oder anderer sozialer Netze. Die Fernsteuerung von privaten PCs fällt genauso darunter wie das Ausspähen von Passwörtern Einzelner. In Afghanistan dienen diese Techniken dazu, *high-value targets*, also Menschen mit besonderer Bedeutung herauszufiltern und zu identifizieren. Die Kombination mit Drohnen, die mit Waffen bestückt sind, liegt nahe. Ziel dieser maßlos gewordenen Überwachung ist die präventive Verhinderung von Unruhen, Revolten oder Aufständen. Ein Beispiel dafür ist die Polizei im texanischen Montgomery County, die beschlossen hat, ihre Drohnen mit Tränengas und Gummigeschossen auszurüsten.

Anhand der Ukraine, in der sich die ökonomischen und militärischen Interessen mehrerer Großmächte kreuzen, wird die Europäische Union beweisen können, ob sie tatsächlich ein Garant für eine politische Lösung der bestehenden Konflikte unter Beziehung aller Beteiligten ist.

Weitere Reflexionen von Peter Fleissner mit dem Titel [„Die Zukunft ist ein seltsames Land“](#), über das gleichnamige Buch des Spaniers Josep Fontana. Gedanken über die soziale Krise am Beginn des 21. Jahrhunderts.